

Bezugspreise:

Direktbest. 3. - M. monatl. 10. - M. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ ...

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 5. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Schlesischer Fascismus.

Breslau, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“) Die „Breslauer Volkswacht“ warnt in einem materialreichen Artikel ...

Seit einigen Tagen werde auch dort jeder, der sich zur Werbung melde, zunächst nach einem Ausweis der Ortschaft gefragt ...

Die „Volkswacht“ veröffentlicht ferner ein Rundschreiben des Landesbezirks Niederschlesien der Technischen Nothilfe vom 29. Juni ...

tun habe, sobald einer von ihnen sich Macht anmaßen will. In der oberschlesischen Frage aber könne ein politisches Abenteuer ...

Französisch-deutscher Zwischenfall in Beuthen

Oppeln, 4. Juli. (WTB. — Verpöfel eingetroffen.) Am heutigen Tage gegen Mittag rückten die Engländer in Beuthen ein ...

Der „D. N. S.“ wird über den Vorfall berichtet, die französische Wache, die auf die Jubelrufe der Bevölkerung von der neuen Kaserne auszog ...

Groß-Strehlitz, 5. Juli. (M.) Die P.M. hat über die Kreise Groß-Strehlitz und Rosenberg von neuem den Belagerungszustand verhängt ...

Für das Oberschlesier-Hilfswerk haben sämtliche Bantzen in Berlin Konten eingerichtet und nehmen Zahlungen entgegen.

Briand und Tagore.

Von Ludo R. Hartmann.

Bei Gelegenheit der Diskussion über den Friedensvertrag von Trianon hat Briand mit dem sozialistischen Abg. Paul Boncour in der französischen Kammer eine thetoretische Auseinandersetzung über das Nationalitätsprinzip gehabt ...

Das änderte sich aber unter dem Einflusse des napoleonischen Imperialismus nicht nur in Italien, sondern vor allem auch in Deutschland — man denke nur an den Rheinbund, an die Ausstattung von Napoleons Familie usw. ...

Briand hat sich nun die Aufgabe gestellt, die sonst für Sophisten ein dankbares Feld der Betätigung war, den Gegensatz zwischen Theorie und Praxis als einen naturnotwendigen zu rechtfertigen ...

Briand behauptet, daß das Nationalitätsprinzip in früherer Zeit in vollständiger und nahezu absoletter Weise angewendet werden konnte; denn damals, so fährt er fort, hatte die Entwicklung einen politischen Charakter ...

Nun lehrt aber der historische Augenschein, daß gerade in früherer Zeit, zur Zeit des Merkantilismus, als die „ökonomische Verteilung“ der Völker nicht nur in den Anfängen war, sondern auch die Politik der Dynastien darauf gerichtet war, den Staat ökonomisch von seinen Nachbarn ganz unabhängig, autark, zu machen ...

Die Versenkung des Llandovery Castle.

London, 5. Juli. (WTB.) Wie bereits angekündigt, wurde gestern vormittag vor dem Polizeigericht in Bowstreet ein englischer Zeuge, der sich nicht nach Leipzig zu dem bevorstehenden Prozeß gegen zwei deutsche U-Boot-Offiziere begeben kann, über die Umstände bei der Versenkung des Hospitalschiffes Llandovery Castle vernommen ...

Breslau, 5. Juli. (WTB.) Der Minister für auswärtige Angelegenheiten Gaspar hat auf Anfrage eines Abgeordneten in der Kammer nochmals erklärt, angesichts des Urteils gegen Ramdohr vor dem Reichsgericht in Leipzig werde die belgische Regierung sich mit den verbündeten Regierungen ins Benehmen setzen, um eine ausreichende Sühne zu erlangen gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrags von Versailles.

Amerika und die Rheinbesatzung.

Paris, 5. Juli. (WTB.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington beabsichtigen die Senatoren Johnson und Borah, falls Präsident Harding bei seiner heutigen Friedensproklamation nicht selbst die Zurückziehung der amerikanischen Truppen verlangt, eine Resolution einzubringen, in der diese Zurückziehung gefordert wird ...

Zweierlei Maß. Wie WTB. aus München meldet, sind in Gmund am Tegernsee zwei aus Bad Kissingen zugereiste russische Komjettkommisare ausgereisen und nach Berlin, woher sie gekommen waren, zurückgeschickt worden.

Brussa bedroht.

Paris, 5. Juli. (EP.) Eine Radiodepeche aus Konstantinopel meldet, daß infolge der letzten Retagierungen General Papoelas beschlossen hat, die griechische Offensivve um elfsthe Wochen zu verschieben. Die Kemalisten scheinen an der Front von Brussa vorstößen zu wollen. 6000 Mann hätten sich schon in Bewegung gesetzt, und es verlautet, daß die Griechen Vorbereitungen treffen, um die Stadt Brussa zu räumen ...

Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel soll die Stadt Baghischeddil von den Türken besetzt worden sein. (Die Stadt liegt 15 Kilometer südlich von Ismid. Brussa ist nach diesen Meldungen von Norden und Westen aus bedroht.)

Kemals Ziel.

London, 5. Juli. Wie Reuter aus Konstantinopel meldet, erklärte Kemal Pascha im Parlament von Angora u. a.: Die Beziehungen zu Afghanistan und Rußland seien gut. Man werde mit der persischen Regierung wieder regelmäßige Beziehungen aufnehmen. Die Londoner Konferenz habe der Türkei kein befriedigendes Angebot gemacht. Man habe der französischen Regierung angeboten, den Kriegszustand zu beenden. Eine Antwort stehe noch aus ...

Nach dieser Erklärung sprach die Nationalversammlung dem Kabinett rückhaltloses Vertrauen aus. Im englischen Unterhause erklärte der Regierungsvertreter, daß die Veröffentlichung einer Kabinettsorder, betreffend Beendigung des Krieges mit der Türkei, binnen kurzem zu erwarten sei.

Die moderne Entwicklung führt von diesem im wesentlichen imperialistischen Prinzip weg. Der Nationalstaat hängt auf das Innigste mit der gegenseitigen ökonomischen Abhängigkeit zusammen, da er, im Gegensatz zum Imperium nicht danach strebt, anart zu werden — was heute infolge der ökonomischen Entwicklung ohnedies ausgeschlossen ist —, sondern sich als ein Glied in den nun entstandenen arbeitsteiligen Organismus der Welt einzufigen. Im Kriege allerdings wurde dieser Organismus zerlegt, die Arbeitsteilung aufgehoben und gerade dadurch die größte Umwälzung und die größte Not herbeigeführt. Wir büßen es auch heute noch, daß die arbeitsteilige Maschine infolge der Weisheit der Staatsmänner noch nicht funktioniert; aber jedermann weiß, daß wir uns noch in einem Ausnahmezustand befinden und daß die definitive Ordnung der Welt nicht auf der Antarktis der einzelnen Staaten, sondern nur auf Arbeitsteilung aufgebaut werden kann.

Die Arbeitsteilung setzt aber voraus, daß ihre Träger, um nicht, wie bisher, in beständigen Streit zu geraten, in nationaler Beziehung einseitlich sind und nicht über die nationalen Grenzen hinübergreifen. Der nationale Staat steht als Ganzes dem anderen gegenüber ohne den Wunsch, die politischen Grenzen eines Gebietsvorteiles willen zu verschieben. Es bleibt das Reich der wirtschaftlichen Konkurrenz, und da der eine nationale Staat reicher mit natürlichen Gütern gesegnet sein kann, als der andere, wird allmählich eine Angleichung herbeigeführt, entweder durch Qualitätsarbeit für den Export oder durch Kapital- einwanderung, oder durch Menschenwanderung. Wenn dagegen durch einen Nachspruch, der im Namen des ökonomischen, wie früher des europäischen politischen Gleichgewichts national verschiedene Länder zusammengelegt werden, so besteht jetzt wie in der Zeit Ludwigs XIV. die Gefahr, daß, was die Herrn den „Geist der Zeiten“ nennen, am Ende nur der „Herren eigener Geist“ ist — und daß sie dann auf Grund des sacro egoismo die neuen Grenzen heiligen —, wodurch dann eine dauernde Störung des wirklichen natürlichen Gleichgewichts herbeigeführt wird; daß Willkür an die Stelle der natürlichen Selbstbestimmung tritt.

So muß es auch Briand ergehen, wenn er das oberste Schiedsrichteramte der Welt für die Sieger tatsächlich in Anspruch nimmt und aus Gründen, die ihm als Nützlichkeitsgründe erscheinen, in der Praxis „staatsmännisch“, wie man zu sagen pflegt, von der Theorie abweicht und dadurch nicht, wie er meint, die von der Gegenwart gewiesene Route betritt, sondern jedesmal einen Schritt zu Ludwig XIV. in die Vergangenheit zurückmacht.

Wenn man im Zusammenhange mit den Ereignissen dieser letzten Jahre diese Psychologie des Staatsmannes in Betracht zieht, so versteht man beinahe den armen Kabin- drachath Lagore, der, als Bänder noch nationlos, in Europa vollständig unorientiert, in der Nation die große, alles erdrückende Maschine zu entdecken glaubt, vor der er warnt — ohne zu ahnen, was für Kulturwerte und welche Aufbaumöglichkeiten für die Welt in dem Begriffe „Nation“ ruhen. Er sieht nichts als die Männer, die im Namen des nationalen Prinzips zu handeln vergeben und vielleicht glauben, während sie in Wirklichkeit Verbünder des männer- und nationenmordenden Imperialismus sind.

Die Blinden von 1914.

Der ehemalige deutsche Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, schreibt uns:

In Nr. 293 Ihres Blattes finde ich anlässlich der Erinnerungen des Herrn Jules Cambon die Bemerkung: „Hätte Wilhelm gewünscht, daß England den Krieg an Frankreichs und Rußlands Seite führen werde, so wäre er sicherlich zurückgewichen. Der Krieg wäre vermieden worden. So aber nahm das Verhängnis seinen Lauf.“

Hierzu bemerke ich, daß nach meiner schriftlichen, und mündlichen Berichterstattung nicht der geringste Zweifel darüber bestand, daß Eugand, so wenig es uns angreifen oder einen

Gilde Cäcilia.

Eine Anzahl Kirchenmusikalisches interessierter Wandervögel hat sich zusammengetan und nennt sich „Gilde Cäcilia“. Der geistliche und künstlerische Leiter der Gruppe ist Pfarrer Dienel, der Sohn des Organisten von St. Marien, der im Anfang unseres Jahrhunderts die Mittwochnachmittagskonzerte in der Marienkirche einführte und damit viel Zustimmung gefunden und viel Freude erweckt hatte.

Der Sohn hat die Gaben des Vaters geerbt und noch dazu die Fähigkeit des Sprechens. Hin und wieder läßt er alle seine Getreuen in der alten Klosterkirche zusammenkommen und bietet ihnen einen Weibabend. So auch am vergangenen Sonnabend. Man sah viel junges Volk. Wandervogelgestalten. Aber auch alte Leute waren da, Frauen und graue Mütterchen. Die Kirche war überfüllt. Viele mußten stehen.

Dienel lierte das Fest Mariä Heimsuchung und sagte im Vorfruch zu seiner Einladung: Luther hat mit weisem Bedacht drei biblisch begründete Feste dem Gedächtnis Mariä gelassen. Die Marienfesten werden auch selbstverständlich bis heute in der lutherischen Kirche gefeiert.

Ein kleiner Chor von Jungen und Mädels sang vom Orgelpodium in die Kirche hinab. Die Stimmen waren dünn und zag, und als draußen ein Vogel vorbeistrich, überdante sein heller Schrei die Menschenstimmen. Auch eine alte Kirchenmelodie, von Dienel zur Laute vorgetragen, wurde von dem großen Raum aufgefangen. Für ein Dorfkapell hätten Stimme und Laute ausgereicht.

Alles dies ist schlicht, primitiv und zweifellos ehrlich. Man schaut sich in der Kirche um. Alle Menschen, jung und alt, von tiefstem Ernst besetzt. Die Mädels vielfach ganz in Gefühl untergetaucht, ihm hingegeben.

Da fragt man sich: Was soll das, was will das? Zweifellos ist der Pfarrer Dienel von einer Idee besetzt. Aber welcher? Will er dem schwanken Bau der evangelischen Kirche — in Berlin ist nahezu alles schwarz und orthodox — neue Kreise, neue Anhänger zuführen? Es wird vergebens sein. Und dies hier ist eine Art trauriges Mittelalter, holde Erinnerung an den Katholizismus. Ihm hat Dienel auch sein bishöfliches Theater abgequodet, so wenn er sich von zwei Mädelschen mit Kränzen im Haar und mit brennenden Kerzen zum Altar geleiten läßt. Man muß lächeln, ganz verhalten. Aber dennoch lächeln, wenn der Mann an dem Altar dieser so ganz „biblisch“, so ganz „arisch“ sich gebenden Jugend die alten Weisheiten und Weisagungen des auserwählten Volkes vorliest.

Vorsichtig und langsam drängt man zum Ausgang. Die Menge weicht und wankt nicht eher, als bis das letzte Wort, der letzte Ton erklingt. Und draußen fragt man sich wieder: Was war das?

feindlichen Angriff unterstützen, nicht neutral bleiben werde, falls unsere Politik zu einem Kriege mit Frankreich föhri, den letzteres nicht provoziert hat. Auf diesen wichtigen Punkt habe ich immer wieder und mit Nachdruck hingewiesen, freilich ohne in der Wilhelmstraße den nötigen Glauben zu finden, wo mir gesagt wurde, ich sollte nicht so pessimistisch sein. Die dortigen Herren glaubten trotz meiner dringenden Warnungen bis zur letzten Stunde auch nicht an das Eingreifen Rußlands und ließen sich durch die russische Mobilisierung vollkommen überraschen. Die russischen Erklärungen erschienen ihnen nur als „Stuff“. Auf diese Weise sind sie in den Weltkrieg hineingeglitten, den sie zweifellos nicht direkt gewollt haben.

Das Zeugnis des Fürsten Lichnowsky ist eine Bestätigung jenes Urteils, das sich in Deutschland immer mehr zur allgemeinen Geltung durchringt und das bei Tirpitz auf der einen Seite ebenso eine Stütze findet wie auf der anderen Seite bei Kautsky. Wir haben uns schon bei anderer Gelegenheit mit der heroischen Legende des Versailler Friedensvertrags auseinandergesetzt, die Deutschland mit Absicht und klarem Bewußtsein in den Kampf gegen die ganze Welt marschieren läßt, während uns die nächtliche historische Wahrheit sagt, daß das deutsche Volk nicht wußte, wie ihm geschah, und daß die deutschen Machthaber in den Weltkrieg hineinfuhren wie das Kind in den Dreck. Auf England bleibt der Vorwurf haften, daß es das Kind nicht rechtzeitig gewarnt hat, und deshalb sieht ja auch Bernard Shaw mit gefinder Ueber- treibung in der englischen Diplomatie den eigentlichen Kriegsschuldigen.

Man kommt der Wahrheit ziemlich nahe, wenn man das Paradox aufstellt: Keiner hat den Krieg gewollt, alle haben ihn gemacht.

Ein Fälscherstück.

In der letzten Sitzung der Preussischen Landesversammlung zitierte der deutschnationale Abgeordnete Dr. Kaufhold aus der Broschüre: „Sozialdemokratie und Landwirtschaft“ des Genossen Georg Schmidt vom Deutschen Landarbeiterverband der „Deutschen Tageszeitung“ zufolge nachfolgenden Absatz:

„Es ist Tatsache, daß bei den letzten Wahlen mit der bevorstehenden Aufstellung des Großgrundbesitzes viele Versprechungen gemacht wurden (hört, hört, hört), daß sich namentlich — das möchte ich aus meiner Kenntnis der Wahlbewegung feststellen — gerade in Ostpreußen eine Menge derer gefunden haben, die auf den sozialdemokratischen Heim gegelitten sind, wenn die Redner sagten: „Bleibt nur hier! Wenn wir zur Herrschaft kommen, dann wird das nächste Gut aufgeteilt, dann bekommt Du 20, Du 30 und Du 40 Morgen!“ (Sehsthe Zurufe links.“

Dieses Zitat ist eine glatte Fälschung. Der Wortlaut der betreffenden Stelle aus der angeführten Broschüre ist vielmehr folgender:

„Ich verkenne nicht, daß der Siedlungsgedanke in sozialdemokratischen Kreisen viele Anhänger gefunden hat. Es ist auch Tatsache, daß bei den letzten Wahlen mit der bevorstehenden Aufstellung des Großgrundbesitzes viele Versprechungen gemacht wurden. Man hat sich meines Erachtens leider dabei viel zu viel von dem Gedanken leiten lassen, daß die Vertreter des Großgrundbesitzes zugleich unsere schärfsten politischen Gegner waren und auch heute noch sind. Mit politischen Schlagworten werden aber wirtschaftliche Verhältnisse nicht von heute auf morgen geändert, und so dürfte in dieser Beziehung manche Enttäuschung unter der ländlichen Bevölkerung hervorgerufen sein.“

Bei der freien Wiedergabe einzelner Stellen aus einem schriftlichen Werk können Irrtümer unterlaufen, ohne daß gegen den Redner hieraus ein Vorwurf abzuleiten ist. Wer jedoch vorgibt, die Stelle einer Schrift wörtlich zu zitieren und bei dieser Gelegenheit eine derartige Fälschung vorbringt, der muß sich zum mindesten den Vorwurf der Unredlichkeit gefallen lassen.

Was bleibt? Man lauscht in sich hinein: ein paar Orgelakkorde... ein heller, scharfer Mädchensopran... die Gemeinde singt einen alten Choral... Worte aus der Bibel... ein paar Diakonissen, die starr und unbeweglich sitzen... ein Mädels mit Schneckentun um die Ohren und einem niedlichen Stupsnäschen... und die febernde Stimme des Pfarrers. Das ist alles. Nichts Neues, nichts Großes. Nichts, was sich an die Not des Volkes wendet, was die Seelen mit Vertrauen für die Zukunft erfüllt. Nichts, was die Bedrückten und Verzagten aufwühlt, sich selber zu helfen. Es ist auch in all diesen Menschen eine unbestimmte Sehnsucht, aber sie drückt sich aus in Aktivismus.

Wenn in diesem Augenblick die Trompeten der Konterrevolution schmettern würden, dann würden die jungen so fromm blickenden Menschen auf die Straße stürzen und sich mit aller Hingabe und aller Inbrunst an der Niederwerfung des Volkes und an der „Ausrichtung von Sitt,ucht und Ordnung durch die Monarchie“ beteiligen.

Erl-Bühne. Die Tiroler sind getreu wie Andreas Hofer; sie spielen den ganzen Karl Schönherr herunter. Bis zum „Weibsteufler“ sind sie jetzt gelangt. Anna Erl gibt das dämonische Trampel. Obwohl sie aus hundert Rosalinden ihre Bombenrolle zusammenstellt, leistet sie nichts Rechtes. Diesmal verlagert die Ursprünglichkeit, das Kniffliche tritt an seine Stelle. Wenn Frau Erl knifflich wird, ist sie aber nur wädhige Proving. Sie betont das Verführerische und vergißt dabei, daß es auch einigermaßen tragisch in dem Weibsteufler aussehen soll. So bringt sie eine zurechtgestrichelte Kokerette an Stelle der weiblichen Kraft, aber wenig Saftigkeit. Dieses Bauerweid erfordert große Darstellungskraft. Darum sind Frau Nebelst und Frau Höslich in ihren Rollen stets so prächtig gewesen. Eduard Köd aber kann sich ruhig mit dem Schneiderlein messen, wie es am Wiener Hoftheater Treidler zu spielen pflegt. Köd schlüpft ungeheuer geschmeidig in seine Rolle hinein. Er braucht kein Rosier der Kniffe zuzugubauen. M. H.

Ihren im Ausland. Aus Anlaß der Aufführung von Obens „Volksfeind“ im Théâtre Français zu Paris bringt die Kopenhagener „Rationalistende“ eine Plauderei, der wir folgendes entnehmen: Ich erinnere mich eines Abends in Florenz vor einer Reihe von Jahren, als Tina di Lorenzo, eine der bewundernswürdigsten Schauspielerinnen Italiens, die Nora spielen sollte. Die Szene war mit Holzgittern aufgebaut, und die ganze eine Seite nahm ein mächtiger Kamin ein, in dem ein flammender Scheiterhaufen brannte. Das erste, was jede eintretende Person sah, war, daß sie zum Kamin ging und sich die Hände rieb. Es war so sehr kalt draußen, und bevor der Darsteller etwas sagen konnte, mußte er aufstehen. Durch die Fenster im Hintergrund sah man Felsen, Zypressen und Pinien (!), alles mit einer dicken Lage von Schnee. Das war die „Kafkasche“.

Italien mit seiner ursprünglichen Bühnenkunst hat nicht die Kultur und Ueberlieferung wie das Théâtre Français, auf dem man jetzt den „Volksfeind“ gibt. Der „Volksfeind“ wurde in

Bayerische Expressertaktik.

München, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Bormärts.“) Der Kampf der Münchener Polizeidirektion gegen das sozialdemokratische Flugblatt „Bayer, wach auf!“ wird mit aller Schärfe fortgeführt, allerdings ohne daß sie damit die Verbreitung in ganz Süddeutschland verhindern kann. Am Sonnabend nachmittag wurden Personen, die einige Flugblätter in Besitz hatten, zur Polizei gebracht und fünf Verhaftungen vorgenommen. Die Hausdurchsuchungen bei sozialistischen Führern dauern an. Die Wohnung eines sozialistischen Stadtrats wurde in seiner Abwesenheit eingehend durchsucht. Die verhafteten Flugblattverleiher wurden ihres Kasseninhalts entledigt, wie Schwerverbrecher in Einzelhaft genommen und die ganze Nacht bis Sonntag 11 Uhr vormittags in Gemahsam gehalten. Während ihrer Inhaftierung wurden Abdrücke von jedem Finger und von der ganzen Hand gemacht, also ebenso wie von den Kriegsgefangenen aus Rußland, die in dem bayerischen Uebergangslager in die Gewalt Boehners kamen. Einer der Flugblattverleiher wurde durch expresserische Mittel und Androhung einer längeren Inhaftierung bearbeitet, den Namen desjenigen anzugeben, der ihm das Flugblatt übergeben habe.

Trotz alledem hat das Flugblatt seinen Weg in die Köpfe des bayerischen Volkes gefunden; eine Anzahl von Zeitungen hat es pöllig abgedruckt. Auf der Redaktionsstube des Genossen Kuer häufen sich die Zustimmungsaussagen aus allen Teilen des Landes.

Die „Münchener Post“ erhielt folgenden Drohbrieff als Ab- bild der Wirkung, welches das Flugblatt in rechtsstehenden Kreisen erregt hat:

„Sollte noch einmal ein derartiger Fehln „Bayer, wach auf!“ herumgehen, dann ist möglich, daß wir ganz aufwachen! Dann ist das erste, daß die jüdische Redaktions- und Revo- lutionspieterei hochgeht. Dies zur Warnung!“

Einige ehemalige Zeitschriftliche.“

Verzögerung der Beamtenvorlagen?

Anlässlich der Beratung der Ausführungsbestimmungen zum neuen Befoldungsgefeh im Reichstagsausschuss für Beamtenan- gelegenheiten richtete der Reichsfinanzminister Dr. Birtz an den Reichstagspräsidenten Genossen Loebe ein Schreiben, in dem die vom 23. Ausschuss (Beamtenangelegenheiten) gefassten Beschlüsse aus der letzten Sitzung als für die Reichsregierung unan- nehmbar bezeichnet wurden. Das gleiche sei von anderen, bereits in Aussicht gestellten Anträgen zu erwarten, so daß er, der Finanz- minister, sich vorbehalten müsse, im Plenum eingehend zu den Beschlüssen des 23. Ausschusses Stellung zu nehmen; man müsse also mit einer langwierigen Beamtendebatte rechnen, falls es nicht doch wider Erwarten gelingen sollte, mit dem 23. Ausschuss zu einer Einigung zu gelangen.

Am Schluß des Schreibens bemerkt der Finanzminister, daß er es im Interesse der Verwaltung wie der Beamtschaft und insbe- sondere auch aus allgemeinen politischen Gründen außerordent- lich bedauern würde, falls die endgültige Verabschiedung der be- reits am 13. April d. J. dem Reichstag zugegangenen Vorlage bis zum Herbst verzögert würde. Die Reichsregierung habe ihrerseits alles zur Beschleunigung der Angelegenheit Mögliche getan.

Reichstag und Jagow. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich der Reichstag noch heute mit Herrn v. Jagow beschäftigt. Die Sozialdemokraten haben mit Deputierten und Zentrum gemeinsam eine Interpellation eingebracht, die um Auskunft über den Stand der ganzen Angelegenheit ersucht. Es ist anzunehmen, daß der Justiz- minister diese Gelegenheit benutzen wird, um die von uns gestern schon angekündigte ausführliche Antwort auf die vielen an ihn ge- stellten Fragen zu geben.

Die 18 Gesetze, die in Rüsting gestanden worden waren, sind bereits wieder im Besitze der Reichstreuhandgesellschaft. Die ver- muthlichen Täter sind zum Teil verhaftet. Die Unter- suchung wird von der Staatsanwaltschaft in Landsberg a. d. W. geführt.

Frauenstimmrecht in Rumänien. Der rumänische Senat hat das Gesetz angenommen, welches das obligatorische Stimmrecht der Frauen bei den Gemeindevahlen bestimmt. Der von der Regierung unterstützte Vorschlag wurde auch von der Oppositionspartei angenommen.

Paris zum erstenmal 1893 im „Deuvre“ von Lugné-Poe unter Jöhens Segen gespielt. Lugné-Poe erzählt hierüber: „Jöhens hatte mir einen sonderbaren Mann geschickt, ein wunderliches Genie, halb Literat, halb Theatermann: Hermann Bang, der uns in Szene setzen sollte. Er ließ sonderbare Schreie aus, während er versuchte, unserm Spiel, das nach dem Rebelevorhüllen strebte, einen mensch- lichen Untergrund zu geben. Am Abend der Erstaufführung, als ich meiner Rolle gemäß ausrief, die Weibheit bestehe fast immer aus Adolten, entstand durch eine Clique ein schrecklicher Lärm im Hause. Jöhens ermunterte uns ununterbrochen mit Teleogrammen aus Kristiania; aber wir hatten nicht einen Centimen in der Tasche, und wir lebten zu Frühstück und Mittag von Brotchen und — Ge- schimpfe. Gros war es, mein alter Freund Gros, der später Ministerpräsident wurde, der in seiner Begeisterung die Schauspieler bezahlte. So erinnere mit an einen Abend, an dem so wenig Zu- hörer im Saal waren, daß ich ihnen vorlief, sich das Eintritts- geld zurückgeben zu lassen. Gros, der selbst den Betrunknen im vierten Akt spielte, und der das Amt des Kassierers versehen hatte, gab fünf Frank mehr zurück als er eingenommen hatte. Es waren im ganzen 35 Frank.“

Die Begabung Unschändiger Kinder. Bei der Untersuchung über die Unschändigkeit geistig minderwertiger Kinder hat Gordon, wie die „Anschau“ mittelt, festgestellt, daß in solchen Anstalten der Progenität Unschändiger wesentlich höher war als in normalen Schulen. Bei Zwillingen war der Unschändigkeit gewöhnlich schlecht entwickelt und hochgradig necros, während der Rechtschändige vollständig normal war. Bei Zwillingen beiderlei Geschlechts ist in nahezu einem Drittel der eine links-, der andere rechtschändig. Unter normalen Kindern ist der Unschändige meist — im Gegensatz zu dem geistig minderwertigen — der Be- deutendere und Fähigere. Böhlicher Wechsel der Unschändigkeit zur Rechtschändigkeit beim Schreiben war bei geistig minderwertigen meist Anzeichen des Fortschritts in den Schularbeiten und in der Intelligenz.

Max Klingers Grabmal ist jetzt am Todestage des Künstlers, in Groß-Jena aufgestellt worden. Es stellt Klingers „Mäthen“ in Bronze dar.

Karl Wichert, der frühere langjährige Ministerialdirektor im Preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten, ist im 79. Lebensjahre ge- storben. Er hat sich seinerzeit um die erste Betriebsorganisation der Berliner Stadtbahn, später, nach dem Kriege, um die Aufrechterhaltung des preussischen Eisenbahnbetriebes Verdienste erworben.

„Stuart Webb“ schwer verunglückt. Der bekannte Münchener Spieler und Leiter der „Stuart-Webb-Ringgesellschaft“ Ernst Reichert ist auf einer Automobilfahrt nach München schwer verunglückt. Das Auto konnte in voller Fahrt gegen einen Baum und überstieß sich. Reichert geriet unter das Auto und erlitt einen Verwundung und innere Verletzungen.

Eine österreichische Kunstausstellung in London, die die Ge- schicht der Freunde veranstaltet hat und die dazu dienen soll, den Wiener Künstler Hilfe zu bringen, wurde durch Lord Henry Cavendish Benzin in Gegenwart des österreichischen Botschafters eröffnet.

Ein neuer Sole-Thermalbad, dessen Temperatur am Ausflus 32 Grad Celsius und dessen Salinität etwa 700 Mineraliter beträgt, ist im Bade Salzuflen erboet worden.

Neue Rede Rathenaus.

Anlässlich der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse in Hamburg ergriff vor dem hamburgischen Ausschuss für den Ausbau der Friedenswirtschaft der Wiederaufbauminister Dr. Rathenau das Wort zu längerer Ausführungen, aus denen wir im folgenden die wesentlichen Stellen wiedergeben:

Das Problem des Wiederaufbaues sei ein Ausschnitt aus dem großen europäischen Problem, das nur den von Völkern selber und der Macht der Erkenntnis gelöst werden könne. Alle europäischen Länder seien durch die Ketten ihrer materiellen Verschuldung miteinander verflochten. Generalgläubiger der Welt ist Amerika, Generalschuldner ist Deutschland, und die weitere Verbindung zwischen den Ländern schaffe die Entwertung ihrer Geldmittel. Alle Nationen bedürften des Wiederaufbaues, und der Wiederaufbau des einen Landes könne nicht erfolgen, wenn er nicht Hand in Hand mit dem Aufbau der übrigen Länder gehe.

Ueber allen Völkern hänge der bleierne Himmel einer Krise, die eine organische Krankheit des tief leidenden gesamtwirtschaftlichen Körpers sei. 300 Millionen Menschen seien als Konsumenten ausgeschaltet,

und hierdurch werde eine Umstellung des Produktionsprogramms der Welt erfordert, die nicht in wenigen Jahren vollzogen werden könne. An Stelle gemeinsamer Wiederaufbauarbeit werde noch immer versucht, die Politik als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln zu mißbrauchen. Wir seien durch unsere Unterschriften unter die Verträge verpflichtet, bis an die Grenze des Möglichen zu erfüllen; das hindere aber nicht, offen auszusprechen, daß die Formen, in denen die Erfüllung von uns verlangt wird, nicht dem Kraftzustand unseres Landes entspreche. Deutschland sei kein Land des Goldes und auch kein Land der Rohstoffe.

So können wir nur mit der Arbeit unserer Hände und unseres Geistes zahlen, und wir werden es rechtlich tun. Wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommen wolle, so müsse es gewaltige Warenmengen auf den Markt werfen.

In seinen weiteren Ausführungen kam der Minister auf die Bedeutung des Index zu sprechen, der ein Wahrzeichen der deutschen Entwicklung im Sinne eines Besserungsscheines sein solle; diese Eigenschaft erfülle er jedoch nicht in hervorragendem Maße, da er nur die von uns vollzogenen Leistungen, nicht aber das innere Wesen Deutschlands bemesse. Auch die Bedeutung, den Dumping-Einfluß, d. h. das Ausströmen der Waren auf die Märkte der Welt, zu hemmen, könne der Index nicht erfüllen. Der Strom werde gekaut, aber nicht gehemmt.

Aus diesen Erwägungen heraus seien die Verhandlungen in Wiesbaden entstanden, die zwar langsam, aber stetig fortschritten. Sie dürften die Lösung in uns erweisen, daß von der Gegenseite der Wunsch besteht, mit uns ein Leistungsprogramm an Stelle eines Zahlungsprogramms zu vereinbaren.

Der Minister betonte die geschichtliche Bedeutung der Städte Hamburg im Rahmen der deutschen Entwicklung und sprach die Hoffnung aus, daß Hamburg wiederum, wenn seine Häfen einst von deutschen Schiffen erfüllt sein würden, Wahrzeichen für unser Wiederaufleben sein werde.

Fort mit dem Konfessionseid!

Der „Deutsche Reichsbund“ hat an den Reichstag und Reichsrat eine Reihe von Anregungen politischer und kulturpolitischer Art gegeben, von denen die folgende, die Schaffung eines Gesetzes über die Eidesleistung, allgemeines Interesse verdient. In der Eingabe heißt es:

Ein besonderes Reichsgesetz über die Form der Eidesleistung wäre zu schaffen mit folgenden Vorschriften:

Bei förmlichen Eiden, die vor Gericht oder einer Behörde zu leisten sind, fällt der konfessionelle Zusatz: ich schwöre bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden und „so wahr mir Gott helfe“ weg. Nur auf Wunsch des Schwurpflichtigen ist der konfessionelle Zusatz beizufügen.

Dem Antrag ist folgende Begründung beigegeben:

Nach Art. 136 Abs. 3 der Reichsverfassung darf niemand zur Benutzung einer religiösen Eidesformel gezwungen werden. Nach Art. 137 der Verfassung kann der Eid in der Weise geleistet werden, daß der Schwörende unter Begleitung der religiösen Eidesformel erklärt: „ich schwöre“. Die meisten Gerichte und Behörden nehmen den Schwurpflichtigen den Eid in der alten konfessionellen Form unter Anrufung Gottes ab. Zur Vermeidung jeglichen Gewissenszwanges aber müßte der Eid in der durch Art. 177 für zulässig erklärten Form abgenommen werden. Nur auf besondere Verlangen des Schwurpflichtigen wäre dem Eid der konfessionelle Zusatz beizufügen.

Da der Reichsverfassung ist bezüglich der Bereidigung des Präsidenten schon die gewünschte Form des Eides gewährt. Art. 42. Offenbar entspricht also diese Form dem neuzeitlichen Geiste der Gesetzgebung.

Jrenkonferenz in Dublin.

London, 5. Juli (WZ). Im Rathaus von Dublin, auf dem die amerikanische Flagge weht, wurde gestern vormittag die Konferenz zwischen den Staatsführern Devalera und Griffith und den vier Unionistenführern in Irland eröffnet. „Star“ zufolge wurde die Konferenz nach 3 1/2 stündiger Verhandlung bis Freitag um 11 Uhr vertagt. „Star“ will von maßgebender Seite in London erfahren haben, die Nachrichten aus Dublin gäben Grund zu der Hoffnung, daß nach Beendigung der Dubliner Besprechungen Devalera nach London kommen werde, und zwar noch vor dem 13. d. M. „Manchester Guardian“ meldet, wenigstens James Craig nicht an der Konferenz in Dublin teilnehme, sei doch dafür gesorgt, daß seine und seiner Freunde Ansichten auf der Konferenz zum Ausdruck gebracht werden würden.

Wenig ist der Unionistenführer der „Gwaiffocht“ lister. Die Unionisten von Ulster haben an der Konferenz nicht teilgenommen. Es verkehrt, daß der erste Minister von Südafrika, Smuts, der angeblich an der englischen Reichstagskonferenz in London teilnimmt, nach Dublin fährt, um die Verhandlungen zu fördern. Diese Vermittlerrolle ist um so bemerkenswerter, als der südafrikanische Freistaat einen, wenn auch bedeutend kürzeren, so doch ähnlichen Kampf mit England austragen mußte wie Irland. Es gibt heute keine überzeugteren Anhänger des englischen Weltreichgedankens als die ehemaligen Buren.

Das Reichsministerium des Innern hat in einem Rundschreiben die Bundesregierungen darauf aufmerksam gemacht, daß auch nach dem Abschluß des Entwaffnungsgesetzes die Herstellung von Waffen und Kriegsmaterial gemäß Art. 148 der Verfassung Bestimmungen nur den von der Reichsregierung zugelassenen Fabriken gestattet ist. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis oder Geld bestraft.

Die deutsch-griechischen Vereinbarungen sind durch die in Peking bewirkte gegenseitige Mitteilung der beiderseitig erfolgten Ratifizierung am 1. Juli in Kraft gesetzt worden.

Groß-Berlin

Höchstmiere bei laufendem Vertrag.

Die Notiz in der heutigen Morgenausgabe über die zeitlichen Wirkungen der neuen Höchstmietverordnung muß berichtigt werden. Laufende Verträge werden nach § 1 Abs. 3 der neuen Magistratsverordnung vom 16. Juni, die lediglich die gleichlautende Bestimmung der Höchstmietverordnung wiederholt (§ 4 Abs. 7), nicht berührt. Laufende Verträge sind alle Verträge bis zum Ablauf. Wenn der Vertrag geschlossen ist, ob vor Einführung von Höchstmietzuschlägen oder nachher, ist dafür ohne Bedeutung. Auch wenn am 1. April d. J. ein neuer Vertrag ohne Vorbehalt geschlossen ist, braucht nicht schon jetzt, d. h. vom 1. Juli ab, mehr Miete gezahlt zu werden, sondern erst wenn ordnungsmäßig gesteigert wird. Das setzt voraus, das fristgemäß steigerungsgelaber gekündigt wird, und zwar mit vorheriger Zustimmung des Einigungsamtes.

In zwei besonders gearteten Fällen ist die Rechtslage zweifelhaft. Erstens wenn sich der Mieter auf den jeweiligen Höchstzuschlag schon vor seinem Inkrafttreten, d. h. in bezug auf den neuen Zuschlag vor dem 19. vorigen Monats, verpflichtet hat oder wenn das Mieteinigungsamt dazu verpflichtet hat. Hier behauptet die Organisation der Vermieter, daß der Mieter vom nächsten Zahlungstermin, das ist bei Monatszahlung vom 1. dieses Monats ab, 45 Proz. zur Friedensmiete zahlen müsse, da ja eine beiderseitige Verständigung erzielt sei und diese den Spruch des Einigungsamtes überflüssig mache. Diese Ansicht ist recht zweifelhaft. Der Lauf eines Vertrags wird nicht deshalb unterbrochen, weil von einem bestimmten Zeitpunkte an die Leistung des einen Teils geändert werden soll. Ungeachtet dieser Änderung läuft der Vertrag fort. Bei laufenden Verträgen soll aber nach der Ausgleichsbestimmung der Verordnung der erhöhte Zuschlag ohne Wirkung sein, und im § 13 der Höchstmietverordnung ist betont, daß gegenteilige Abreden unwirksam und daher unverbindlich sind. Das hat seinen guten sozialen Grund, denn es könnte ja die Höchstgrenze ihrem eigentlichen Begriffe nach so hoch festgesetzt werden, daß sie auch die ungenügenden Verträge abgeben kann. In diesem Falle wäre es unbillig und wider Treu und Glauben, wenn sich die zum Teil unkundigen Mieter von vornherein auf diesen höchsten Zuschlag einließen und die Wohlfahrt der Mieter durchgehende ausgeschlossen hätten.

Der zweite Ausnahmefall betrifft die Mieter in Heizungskäufern. Hier erfolgt nach Ansicht des Wohlfahrtsministeriums die Herabsetzung der Höchstmietgrenze automatisch, d. h. die Mieter haben als Raummiete den jeweiligen Höchstzuschlag zur Friedensmiete zu zahlen. Es soll den Vermietern damit ein Ausgleich für ihre (jetzt freilich herabgesetzte) Beteiligung an den Heizungskosten verschafft werden. Der Minister hat aber darauf hingewiesen (Ausführungserschlag zu § 7, Abs. 4 der Höchstmietverordnung), daß diese Mieter nach § 9 der Höchstmietverordnung beim Einigungsamt die Herabsetzung der Höchstmieten ersent. Sogar unter den als angemessen erkannten Mietzinns beantragen können.

Im Gegensatz hierzu behandelt indes das Mieteinigungsamt Wilmersdorf die Höchstmiere in Heizungskäufern nicht abweichend und läßt auch hier den erhöhten Zuschlag nicht auf laufende Verträge einwirken.

Ein schwerer Junge.

Auffklärung des Raubüberfalles in Neu-Lichtenberg.

Der verwegene Raubüberfall auf den Kassensboten Otto Friedrich von den Eisenbahn-Betriebswerkstätten am Bahnhof Neu-Lichtenberg ist rasch aufgeklärt worden. Wie mitgeteilt, überfielen zwei Räuber auf der Bahnhofstreppe den Kassensboten am hellen Tage, raubten ihm und seinem Begleiter die mitgeführten Taschen, die 120 000 Mark bares Geld enthielten, sprangen damit in ein bereitstehendes Automobil und fuhren, indem sie die Verfolger mit der Schußwaffe bedrohten, in schnellem Tempo davon.

Die Feststellungen hatten bald ergeben, daß einer der beschuldigsten Berliner Verbrecher dabei seine Hand im Spiele gehabt hatte. Es handelt sich um den 22 Jahre alten Arbeiter Willi Dypik, der wegen einer anderen schweren Straftat zu 9 Jahren Gefängnis verurteilt war, jedoch aus dem Gefängnis ausbrach und sich seitdem verborgen hielt. Nun wurde er erkannt, als er gerade den Potsdamer Platz passierte. Bevor der schwere Verbrecher von seiner geladenen Schußwaffe Gebrauch machen konnte, wurde er unschädlich gemacht. Bei der großen Aufregung, die diese Festnahme hervorgerufen hatte, war es diesem gelungen, seine Waffe wegzuworfen. Diese ist dann von irgend jemand aufgenommen worden. Es ist dringend erwünscht, daß der Finder der Pistole diese umgehend bei dem Raubdezernat der Berliner Kriminalpolizei, Kriminalkommissar Werneburg, Zimmer 80, abgibt. Es gelang auch nach der Festnahme des Dypik, noch in der Nacht und heute vormittag die übrigen Teilnehmer an dem schweren Raubüberfall ausfindig zu machen und festzunehmen. Sie wurden ebenfalls nach dem Polizeipräsidium gebracht, wo heute durch Vernehmungen festgestellt werden soll, wie der von der Bande von langer Hand vorbereitete Anschlag ausgeführt worden ist und wo die Räuber die große Geldsumme gelassen haben.

Ein bedauerlicher Kabinettsbeschluss.

Zur Schließung des Schloßlazarets Charlottenburg wird gemeldet, daß nach Mitteilung des Reichsarbeitsministers das Kabinett am 2. Juli anlässlich seiner Beratung über die am 1. Juli im Reichstage eingebrachte Interpellation über das Versorgungs-Krankenhaus Schloß Charlottenburg einmütig die vom Reichsarbeitsministerium angeordneten Maßnahmen über die Schließung des Versorgungs-Krankenhauses Schloß Charlottenburg gebilligt hat.

Die Haltung des „Vorwärts“ in dieser Angelegenheit ist bekannt und wir können den vorstehenden Beschluss nur bedauern.

400 000 M. zur Milchverbilligung für Kinderbewerber.

Die Stadt gewährt bei wirtschaftlicher Notlage für Schwangere (3 Monate vor der Entbindung bis zur Entbindung) und für Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre einen Milchzuschlag in Höhe von täglich 45 Pf. bzw. 60 Pf. Ueber die bisher seit dem 1. März 1920 hierfür bewilligten 2 550 000 M. ist verfügt. Um die den Säuglingen und Kleinkindern, aus dem immer noch hohen Milchpreise drohenden Gefahren zu verringern, hat der Magistrat beschlossen, die Zuschüsse an arme Familien weiterhin zu leisten, und zu diesem Zwecke für die Zeit bis Ende Juli weitere 400 000 M. zu bewilligen. Die Stadtdirektorenversammlung ist ersucht, einverstanden zu sein.

Eine nationale Wallfahrtsstätte.

Man schreibt uns:

Die Demonstrationen am Antiken Tempel in Potsdam haben immer noch nicht ihr Ende erreicht. Der an bestimmten Tagen der Woche geöffnete Antike Tempel ist (wie es ja nicht anders zu erwarten war) eine Hauptsehenswürdigkeit des Parks Sanssouci geworden. Was uns aber auffällt, ist, daß die vielen jetzt Potsdam besuchenden Berliner Schülerinnen mit ihren Lehrerinnen resp. Lehrern mit Kränzen und Buketts beladen, den Weg zu genannter „Wallfahrtsstätte“ antreten. Vielleicht sieht sich einmal feststellen, woher denn die Anregungen zu solchen Hudigungen kommen. Daß kleine Mädchen von 6—9 Jahren aus sich heraus solche Einfälle bekommen, müssen wir stark bezweifeln. Durch die bei der Besichtigung der früheren Kaffeein bekannt gewordenen Kranzparaden usw. kann man wohl getrost annehmen, daß auch diese „Schulausflüge“ ihre Anregung den Befehlten der „Schule der Republik“ verdanken.

Berlin bleibt kirchlich reaktionär.

Die Groß-Berliner Kirchenwahlen haben folgendes Ergebnis gehabt: Philipp (positiv) 25 876, Fischer (liberal) 10 728, Scholten (evangelische Kirchenvereinigungen) 5488, von der Heydt (unparteilich) 979, Stodt (unparteilich) 2218, Böckel (deutsch-kirchlich) 812 und Kiehl (evangelischer Kirchenverband) 16. Da sich Herr Kiehl vermutlich irrtumlich würde, mit seinen 5488 Stimmen den Liberalen zugesählt zu werden, so hat die kirchliche Reaktion in Berlin rund 80 000 Stimmen gegen rund 10 000 Stimmen der Liberalen. Der sich immerhin noch recht maßvoll gebende Liberalismus ist damit zur Ohnmacht verdammt.

Der Kampf um die Schule.

In einer öffentlichen Volksversammlung in Rankwitz, in der Genosse Prof. B. Dörflich über die schulpolitischen Gegenwartsfragen sprach, wurde einstimmig eine Entschiedenheit angenommen, in der es u. a. heißt:

Eine von der SPD. einberufene in Rankwitz tagende öffentliche Versammlung erhebt Protest gegen den Gesetzentwurf zum Artikel 148, Absatz 3 der Verfassung, der das deutsche Schulwesen mit völliger Auflösung bedroht und die dann bleibenden Reste in die Hände der Konfessionen gibt. Die Versammlung erwartet, daß die sozialistischen Parteien diesen Gesetzentwurf ablehnen. Die Versammlung bedauert die Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Schulen, durch welche den Kindern der weniger Bemittelten der Zugang zu diesen Bildungsanstalten, die damit ihren Charakter als Klassen Schulen noch stärker ausgeprägt erhalten, erschwert wird. Sie erwartet, daß die sozialistischen Fraktionen durch Eingaben und Anträge an Ministerien und Parlamente mit allem Nachdruck dafür wirken, daß alsbald durch eine allgemeine Schulkürer die Erhebung des Schulgeldes und die Ausweitung aller Kinder nach ihrer Veranlagung und Begabung ermöglicht werde. Die Erhebung des Schulgeldes verhindert die wirkliche Durchführung der Einheitschule und wirkt als Bildungssperre gegenüber den Volksschulen.

Ein Naturdenkmal gefährdet. Die landwirtschaftliche Werte im Osten Berlins, das idyllische Erptal bei Friedrichshagen, ist wieder in Gefahr, verhandelt zu werden. Nachdem es dem Einspruch der Öffentlichkeit und dem entschiedenen Vorgehen der früher zuständigen Behörden gelungen war, im vorigen Jahre die schon in Angriff genommenen Torfsticharbeiten zu verhindern, beabsichtigt jetzt, der „Rieberg, Jg.“ in Friedrichshagen zufolge, eine andere Berliner Firma die Ausbeutung der Torflager im Wesental der Erpa. Wahrscheinlich handelt es sich um dasselbe Gelände, auf dem die Torfstichanlagen im vorigen Jahre geplant waren. Die Firma bemüht sich gegenwärtig um die Genehmigung ihres Vorhabens, und die Anträge liegen den jetzt zuständigen Instanzen zur Entscheidung vor. Wie immer in solchen Fällen wird auch hier der angelegte Wohlwahrtscharakter hervorgehoben. Man weist auf die drohende Brennstoffnot hin und macht geltend, daß die Ausnutzung der Torflager im sozialen Wohle liegt. Wir hoffen, daß es auch diesmal gelingen wird, das durch das Heimatschutzgesetz geschützte und als Naturdenkmal wertvolle Erptal vor der Verhandlung zu bewahren.

Erhebung der Reichseinkommensteuer. Wie amtlich mitgeteilt wird, sind als Zahlungstermine für die vorläufige Erhebung der Reichseinkommensteuer für 1921 im Bezirk Groß-Berlin der 15. Juli, der 15. August, 15. November 1921 und 15. Februar 1922 (je für eine Vierteljahresrate) bestimmt worden. Bei der Räte der beiden ersten Zahlungstermine erscheint die gemeinsame Entrichtung der beiden ersten Raten zweckmäßig. Die Erhebung der Reichseinkommensteuer erfolgt durch die Steuerbehörden des Magistrats (nur im Bezirk der Finanzämter Steglitz und Groß-Lichterfelde durch die Finanzämter).

Das Wetter für morgen.

Zeitweise heiter, aber noch veränderlich mit etwas Regen und mäßigen westlichen wie nordwestlichen Winden, außer um mittags, ziemlich kühl.

Geschäftliche Mitteilungen.

Kaufhaus Singer & Co. Chausseestraße 61/62, Ecke Prenzlauer, veranstaltet ab 1. Juli d. J. einen Saison-Ausverkauf. Eine günstige Gelegenheit zu billigen Einkäufen. Man beachte die Ausstellung in den 24 Schaufenstern und Schauplätzen, sowie das Interes in heutiger Ausgabe dieses Blattes.

Gewerkschaftsbewegung

Die Berliner Buchdrucker zum Schiedspruch.

Der Verein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer nahm am Montagabend den Bericht über die Tarifaus-schussung entgegen. Dieser wurde von Albrecht erstattet, der voraussah, daß er sich im allgemeinen auf ein Einigungsabkommen beschränken könne, da der „Korrespondent“ die Einzelheiten des Lohnkampfes mit den Ergebnissen bereits veröffentlicht habe. Die Prinzipale standen entschieden auf dem Standpunkt der Ablehnung. Sie wollten sogar den Lohn abbauen und führten zum Begründung die Indexziffer an, worauf unsererseits erwidert wurde, daß diese Ziffern sich auf die Ernährung, aber nicht auf die Existenz bezogen hätten und auch angesichts der bereits wieder sehr gestiegenen Preise gerade der wichtigsten Lebensmittel auch hier nicht mehr als zureichend angesehen werden könnten. Schließlich wurde von den Prinzipalen schiedsgerichtliche Entscheidung beantragt. (Den Spruch haben wir bereits mitgeteilt. Red.) Es handelte sich nun darum, welche Stellung die Kollegschaft hierzu einnehmen wolle. Der Spruch müßte als unbefriedigend angesehen werden, dennoch sei unter Würdigung aller Verhältnisse seine Annahme zu empfehlen.

In der folgenden Diskussion wurde für und gegen die Annahme des Schiedspruches gesprochen. Eine von Bierath eingebrachte Resolution, welche sich gegen die Annahme richtete und aktives Vorgehen verlangte, wurde abgelehnt. Ebenso eine von Freudentreich gestellte, die Urabstimmung verlangte, weil dieses Verfahren den statutarischen Bestimmungen des Vereins entgegensteht. Schließlich wurde mit 448 gegen 398 Stimmen folgende von Rühlberg eingebrachte Resolution angenommen:

„Die am Montag, den 4. Juli, im „Deutschen Hof“ tagende Generalversammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer gibt nach dem Bericht des Kollegen Albrecht von der Tarifauschussung ihrer allgemeinen Unzufriedenheit Ausdruck. Sie hegte erwartet, daß man der tatsächlich schwer um ihre Existenz kämpfenden Schiffschaft mehr entgegenkommen zeigen würde. Wenn die Generalversammlung dennoch augenblicklich keine ablehnende Haltung zu dem Schiedspruch einnimmt, so geschieht es aus dem Grunde, weil sie vom Zentralratstand unter allen Umständen erwartet, daß er ungesäumt Maßnahmen ergreift, die zu einer Besserung der schädlichen wirtschaftlichen Lage der Schiffschaft führen. Aus diesem Grunde sieht die Versammlung in der gegenwärtigen Situation von einem irdischen Vorgehen ab.“

Vor Schluß der Versammlung wurde noch ein Antrag angenommen, der dem Sinne nach vom ADB. Hilfe für die Arbeitslosen verlangte.

Die SPD. Metallarbeiter und Jena.

Die Berliner SPD-Metallarbeiter hörten am 1. Juli ein Reserat Hildenbrandts, daß sich mit der Delegiertenwahl für Jena beschäftigte und nahmen folgende Resolution an: Die am 1. Juli 1921 in den Sophien-Sälen tagende Konferenz der auf dem Boden der SPD. stehenden Betriebsräte, Vertrauensleute und Generalversammlungsbelegierten des Metallarbeiterverbandes der Verwaltungsstelle Berlin ist von dem Ergebnis der Verhandlungen, die auf Grund des Betrabsbeschlusses mit der Berliner

Ortsverwaltung zur Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatenliste stattgefunden haben, nicht befriedigt. Die Konferenz hält auch heute noch die Forderung nach Aufstellung einer paritätischen Kandidatenliste für durchaus berechtigt.

Da sie aber tief von der Notwendigkeit einer einheitlichen Front gegen das gewerkschaftszerstörende Treiben der Kommunisten durchdrungen ist, da sie ferner gewillt ist, alles daran zu setzen, die Geschlossenheit der Organisation zu erhalten, um sie wieder zu einer wuchtigen Waffe im Kampf gegen das Unternehmertum umzugestalten, ist die Verwaltung bereit, ihrer Ueberzeugung das Opfer zu bringen und dem Vorschlag des Fraktionsvorstandes zuzustimmen. Sie erwartet aber, daß die Kollegen, die der U.S.B. angehören, sowie die Berliner Ortsverwaltung zu der Einsicht kommen, daß unsere Organisation nur nach gewerkschaftlichen Grundsätzen geleitet werden darf. Die Anwesenden verpflichten sich, mit aller Kraft in den Wahlkampf einzutreten, um zu beweisen, daß die große Mehrheit der Berliner Metallarbeiter nicht gewillt ist, den Weg nach Moskau zu gehen.

Die Konferenz stellte 27 Kandidaten und 5 Ersatzleute auf.

Zentralverband der Angestellten. Bau: Fachgruppenversammlung, Mittwoch 7 Uhr, Reichshaus, Berlin, Blumenstraße 10. — Patentamt-Bureau: Mitgliederversammlung, Verbandstafel, Belle-Alliance-Straße 11/12.

Bund der technischen Angestellten und Beamten, S.B. Berlin. Ortsgruppe Tech.-Belt 1, Domertstr., den 7. Juli, 7 1/2 Uhr. Mitglieder-Versammlung mit Vortrag im Restaurant Rattke, Turmstraße 72.

Deutscher Werkmänner-Verband. Bezirk 15. Fachgruppe „Papier“. Generalversammlung, Freitag 3 Uhr in Schlichter, Rens-Jacobstraße 14/15.

Wirtschaft

Parteien und Steuern.

Befolgt man die bürgerliche Presse daraufhin, in welchem Maße das Bürgertum an der Erfüllung des Ultimatums mitzuwirken bereit ist, so bemerkt man außerhalb der Koalitionsparteien eine erstaunliche Gleichgültigkeit gegen die Finanzen des Reiches. Selten äußert sich ein Fachmann mit einem Vorschlag, der überhaupt an eine Mehraufbringung von Steuern unter gleich-

mäßiger Heranziehung aller Volksschle nach ihrer Leistungsfähigkeit denkt. Alles übrige ist auf Abwehr des Steuerdrucks vom eigenen Geldsack gestellt. Der Volksparteiler Marekky kennzeichnete die Situation kürzlich in der „Tägl. Rundschau“ mit folgenden Worten:

„In den kommenden Monaten werden sich die deutschen Parteien von neuem in zwei Lager teilen, indem die einen dabei beharren, sich nur die Welt an die Erfüllbarkeit des Ultimatums glauben zu lassen, die anderen aber das Unerlässliche auf sich nehmen, nach dem letzten vergeblichen Versuch zur Erfüllung des Eingekündigten der Unerfüllbarkeit offen auszusprechen.“

In Wirklichkeit macht sich die äußerste Rechte nicht einmal die Mühe des „letzten vergeblichen Versuches“. Bei der Deutschen Volkspartei besteht dieser in Protesten. Die Agrarier dagegen streifen ganz und gar. Begreiflicherweise — denn die neuen Getreidepreise versprechen ihnen bereits im Umlageverfahren die volle Deckung der Befreiungskosten. Da aber mindestens 1 1/2—2 Millionen Tonnen Getreide für den freien Handel zu Weltmarktpreisen, die im Durchschnitt heute um rund 1500 M. pro Tonne über den Umlagepreisen liegen, bleiben, erhält die Landwirtschaft durch das neue Verfahren ein Geschenk von 2,25 bis 3 Milliarden Mark. Woraus hervorgeht, warum die Landwirtschaft ein Interesse daran hat, nicht mehr als die übrigen Klassen zur Wiedergutmachung herangezogen zu werden!

Mit welcher Verlogenheit die Schonung des Agrarierums von Steuern auf die Wiedergutmachung verschoben wird, zeigt ein Artikel der „Kreuzzeitung“, in dem behauptet wird, der Arbeiterstand sei es einzig und allein, der zu den gewaltigen Kriegslasten des deutschen Volkes bislang nichts beitrage! Derselbe Artikel schließt mit dem Ausruf: „Ohne Ehrlichkeit keine Kultur.“ Womit allerdings blühend bewiesen wird, daß die Deutschnationalen nach ihrer eigenen Meinung sich über die Kulturstufe der Papuas hinaus noch nicht erhaben haben.

Auf den Widerstand der Rechtsparteien in der Steuerfrage mußte man gefaßt sein. Es konnte schließlich von den Leuten, die das Ultimatum ablehnten, nichts anderes erwartet werden, als daß

sie ihre Kriegspolitik unter einer anderen Epitheta weiter verfolgen würden. Daß die Bestrebungen des Steuerstreits allerdings bis in die Kreise der Demokraten hineingehen würden, die sich an dem Erfüllungstakt beteiligten, war nicht anzunehmen. Kürzlich wurde im „Vorwärts“ auf die Warnung der „Frankfurter Ztg.“ vor einer Politik des gesamten Bürgertums gegen die Sozialdemokraten hingewiesen. Auch die anderen demokratischen Organe, so erst gestern das „Berliner Tageblatt“, sind von diesen Quertreibern einiger demokratischer Politiker entschieden abgerückt. Worum es sich dabei handelt, berichtete Georg Bernhard in der „Voss. Ztg.“ am Sonntag. In der demokratischen Partei hat sich ein Reichsausschuß für Handel und Industrie gebildet, der Steuer- und Koalitionspolitik auf eigene Faust macht, dabei aber so vorsichtig ist, seine mancherlei Lehren hinter verschlossenen Türen zu beraten. Die Demokraten dieses Schlages, deren einer die Politik der Heuchelei öffentlich und ungestraft schon bei dem bekannten Gewerkschaftsabkommen unmittelbar nach dem Kapp-Putsch verfolgt hat, finden erfreulicherweise bei ihrer eigenen großen Presse keine Unterstützung. Das „Berliner Tageblatt“ weist darauf, daß die Steuerpolitik nicht das einzige Richtige in der Koalitionspolitik sei, sondern daß die Demokratische Partei nur lebensfähig bleiben könne, wenn sie noch andere Ideen, und vor allem die Demokratisierung der Geister und des ganzen Staatswesens in den Vordergrund zu stellen und zu verwirklichen weiß. Dieser Standpunkt entspricht durchaus den Erwartungen, die die Sozialdemokraten an die Tätigkeit der Demokraten im Erfüllungstakt geknüpft haben. Auf das Gebiet der Steuerpolitik übertragen, bedeutet er die Verteilung der Lasten auf die tragfähigen Schultern, wozu eben die Heranziehung des Besitzes und der Goldwertbesitzer in allererster Linie gehört.

Die Quertreibern zeigen aber, daß es für die Arbeiterparteien gilt, unter Hintanstellung aller übrigen Interessen auf dem Posten zu sein, um die wirtschaftliche Erdrosselung der breiten Masse durch ihre einseitige Befassung mit Steuern zu verhindern.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glucke, Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Vertrieb: S. Fischer, Berlin.

Film-Palast Varieté
Koppenstraße 29
Königsplatz 4114
Täglich ab 7 Uhr
Der große Varieté-Spielplan
Fischer & Bergl — Wallis
Georg Gau — Grete Dirkes
2 Bollingers
Internationale Ringkämpfe um d. Carl-Alex-Memorial 1921
25 Ringer 1. Klasse
Heute Abend ringen:
Kyriloff-Schachschneider
Urbach — Stange
Entscheidungskampf
Schwarzhauser-Kopitschko

Fahrrad-bereifung.
Laufmangel M. 44.50, 50. — u. 63. —
Gebirgsreifen M. 68.50 u. 86. —
Luftschlauch M. 13.50, 17. — u. 22.50
Fahrräder mit Bereifung, größte Auswahl von M. 86. — an
Franz Verheyen, Frankfurt a. M.
Preisliste Nr. 23 kostenlos

Für Sommer- u. Kinderfeste
Kopfbekleidungen, Stoffwaren,
Illuminations- u. Dekorations-
artikel, Feuerwerk, Girlanden,
Festbänne, Tische u. Stühle
Bohl & Weber Nachf.
Am Spittelmarkt 4-7, 1
Spezialhaus
für Karneval- u. Vereinsartikel
Verlangen Sie Preisliste Nr. 33

Preuß. Staats-Lotterie
Ziehung der 1. Klasse 12. und 13. Juli
Höchstgewinn im glücklichsten Falle
1 1/2 Millionen Mark
Fast jedes zweite Los gewinnt!
Einsatzpreis zur 1. Klasse:
1/2 M. 20 M. 40 M. 80 M. Porto und Liste 1,20 M. extra
Ellenberg, Lotterie-Einnehmer
Berlin NW 87, Alt-Moabit 51 (a. d. Goltzowskybr.)
Postcheckkonto Berlin NW 7, 31159. [88/14
Fernspr.: Moabit 5020

Möbel-Angebot.
Solide Möbelkammer liefert Spezial-Ein- u. Zweizimmer-
Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen Zinsvergütung
bei möglicher Auszahlung und geringen monatlichen
Ratenzahlungen. Off. Postfach 142, Postamt O 27.
Keine Kassever. Geöfnete Anlang.

Ausbau der Kinderfürsorge
durch die Gemeinde
von
Dr. Selma Schömer-
Auwack
Eine notwendige
Schrift für Behörden
und Ausschüsse, Lehrer
und Erzieher, wie
überhaupt für alle, die
sich in der Wohlfahrts-
pflege betätigen.
PREIS 2,75 Mk.
Buchhdlg. Vorwärts
Berlin SW, Lindenstr. 2

Metall-Bettstellen
Kinderwagen, Bett-
federn, Korbmöbel
Fürst, Neukölln
Hermannstraße 35
Ecke Mahlower Str.
Fabrik f. Ruhebetten, Auflege-
matratzen u. Feldbettstellen.

Nutzeisen
Stabnisen, Bleche, T-Träger, U-Eisen, Rohre,
Ketten, Lagerböcke, Riemenrollen, Fußstapfen
usw. in verschied. Dimensionen haben abzugeben
Nutzeisenabteilung, Bln.-Neukölln
Weserstr. 35/36 — Tel. Neuk. 4170
COHN & BORCHARDT
Zentrale: Lichtenberg, Rittergutr. 47/48
Telegr.-Adresse „Ercobor“. Tel. Lichtenbg. 646/647

Unser dies-jähriger Saison-Ausverkauf

bleibt eine außerordentlich günstige Gelegenheit zu enorm billigen Einkäufen!

Waschstoffe

Zephir für Blusen, Kleider, Hemden	Meter	875
Bedruckte Schleierstoffe hellgründig	Meter	950
Dirndlstoffe 80 cm breit, moderne Muster	Meter	1085
Tennisflanelle vorzügliche, weiche Qualität	Meter	950
Schleierstoffe weiss, 115 cm breit	Meter	1475
Bestickte Opal-Batiste weiss u. dunkelfarbig	Meter	1275
Prima Mousseline Ersta für Wolle	Meter	1250

Baumwollwaren

Hemdentuch kräftigen Gewebe	Meter	600
Renforcé 80 cm breit, für Bett- und Leibtüche	Meter	1050
Köperinlett rot, 80 cm breit	Meter	1950
Bettkattun in vielen Mustern	Meter	1175
Bettzügen kräftige Qualität	Meter	1250
Bettlaken 150x200, fertig gestickt, ohne Naht	Stück	4650
Fertiger Bettbezug mit zwei Klassen zum Knöpfen		8500

Kleiderstoffe

Reinwoll. Cheviot marine, schwarz, doppeltb.	Meter	2750
Schwarzweisse Karos doppeltbrett, für Röcke und Kleider	Meter	1485
Kostümstoffe praktisch, Reiselied, doppeltbrett	Meter	1975
Blusenpopeline mit Kunstseidenfäden	Meter	1675
Blaugrüne Kleiderschotten doppeltbrett	Meter	1950
Gemusterte Cotelés farbig und schwarz, doppeltbrett	Meter	2250
Kunstseid. Stoffe l. obg. Kleider, doppeltb.	Meter	2985

Blusen, Röcke

Batistblusen modern verarbeitet, in dunklen Farben	1385
Kimono blusen mit farbigen Bördchen, gedöckte Muster	2375
Zephir-Blusenhemden offen u. geschlossen zu tragen	2985
Vollvoile-Blusen weiss und farb., m. Häkeloi u. Filotmotiven	3950
Kostümröcke grau u. marine, mit Knopfgarnitur	1950
Damen-Unterröcke m. hoh. Plisseevolant	1950

Kleider, Mäntel

Batistkleider Kimonoform, in dunklen Farben	2950
Dirndkleider mit Samtband und Spitzen garniert	5700
Voilekleider weiss, moderne Form, mit farbiger Garnierung	7500
Jackenkleider einfarbig u. mellert, teils auf Seide	12500
Regenmäntel imprägniert, weinrot, grün, lila	16500
Kinderkittel weiss u. farbig, verschied. Grössl., durchschnittl.	1275

Gardinen

Künstlergardinen 2 Schals u. 1 Querbehang	Garnitur	6800
Halbstores Etamine m. breiten imit. Filotmotiven		4950
Scheibenschleier engl. Tüll mit Spitze garniert	Stück	450
Madrasgardinen 2 Schals u. 1 Querbehang	Garnitur	9875
Engl. Tüllgardinen Scheibenbreite	Meter	575
Tüllbettdecken mit Band-einfassung		5850

Schürzen

Knabenschürzen Mischgewebe, Größe 45-60	175
Damen-Zierschürzen ganz aus weissem Stickerstoff	1475
Blusenschürzen hell u. dunkle Muster, reich garniert	1975
Wiener Schürzen Dirndlmut. mit Volant und Träger	2475
Blusenschürzen aus prima Gingham mit Blenden u. Paspeln	2675
Mädchenschürzen Mischgewebe, Größe 60-75	450

Strumpfwaren

Damenstrümpfe engl. lang, schwarz, weiss, leder	475
Damenstrümpfe feine Baumwolle, Ferse und Spitze verziärt	975
Kindersöckchen Restposten, schwarz u. braun, 1-3	225
Herrensocken dauerhafte Ware	395
Damenhandschuhe lang, reine Seide, schwarz	495
Damen-Schlupfhöschen in vielen Farben	1375
Damenhandschuhe schwarz, reine Seide, Größe 6	785

Bedarfsartikel

Stehumlegekragen für Herren, prima vierfach	475
Herren-Hosenträger verschiedene Ausführung	75Pl.
Herren-Makohemden mit buntem Einsatz	2875
Korsettschoner feines Gewebe	575
Damenkorsette mit Spitze garniert	1575
Büstenhalter für Damen	790
Damenkragen u. Jabots moderne Formen	685

Wäsche

Mädchenhemden mit Stickerel, 80 cm lang	575
Damenhemden mit reicher Stickerel	1985
Damenhemden Prima Hemdentuch, mit Stickerel-Ein- und Ansatz	2385
Damen-Nachthemden mit eig. Stickerel reich garniert	5250
Damen-Beinkleider Kalliform, mit dreifach Stickerel	1985
Damen-Untertaillen mit Stickerel	950
Damen-Prinzebrock reich mit Stickerel garniert	5750

Einzelne und angeflaute Wäschegegenstände, Reste und Abschutte von Waschstoffen, Wollstoffen, Seide, Hemdentüchern, Handtüchern usw. zu bedeutend herabgesetzten Preisen!

Kaufhaus Singer & Co., Chausseestr. 61-62